

## ■ Politische Rechte

### Landratsbeschlüsse, rechtskräftig

Nachdem innert der verfassungsmässigen Frist keine Abstimmungsbegehren eingereicht worden sind, hat die Landeskanzlei am 16. Februar 2009 folgende im Amtsblatt vom 18. Dezember 2008 publizierten Landratsbeschlüsse als rechtskräftig erklärt:

- Finanzkontrollgesetz  
Inkrafttreten: Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten des Gesetzes.
- Verpflichtungskredit für die gesetzliche Schwangerschaftsberatung für die Jahre 2009-2012

Landeskanzlei

### Vorprüfung einer formulierten Volksinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft hat, nach Prüfung der am 13. Februar 2009 eingereichten Unterschriftenliste zu einer kantonalen Gesetzesinitiative "Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil" verfügt:

1. Die am 13. Februar 2009 eingereichte Unterschriftenliste zu einer kantonalen Gesetzesinitiative "Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil" entspricht den Formerfordernissen von § 28 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 und von § 69 GpR: Sie ist als Gesetzesinitiative bezeichnet, sie enthält einen ausgearbeiteten Vorschlag, eine Rubrik für die Gemeinde, in welcher die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen stimmberechtigt sind, und für das Datum der Veröffentlichung des Initiativtextes im Amtsblatt, ferner Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis auf die Strafbarkeit der Fälschung des Ergebnisses der Unterschriftensammlung sowie Namen und Adressen von mindestens sieben Urheberinnen und Urhebern der Initiative.
2. Folgende Urheber der Gesetzesinitiative sind ermächtigt, die Gesetzesinitiative mit einfachem Mehr vorbehaltlos zurückzuziehen:  
Hanspeter Frey, Landratsvizepräsident FDP, Bruggartenweg 10, 4123 Allschwil; Beatrice Fuchs, Landrätin SP, Allmendstrasse 10, 4123 Allschwil; Siro Imber, Landrat FDP, Burgfelderweg 15, 4123 Allschwil; Arnold Julier, Gemeinderat CVP, Baslerstrasse 40, 4123 Allschwil; Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident CVP, Judengässli 39, 4123 Allschwil; Christoph Morat, Gemeinderat SP, Baslerstrasse 312, 4123 Allschwil; Nicole Nüssli, Gemeinderatsvizepräsidentin FDP, Im Rosenrain 2, 4123 Allschwil; Josua Studer, Landrat SVP, Burgfelderweg 10, 4123 Allschwil.
3. Der Titel der kantonalen Gesetzesinitiative "Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil" entspricht den Erfordernissen des § 68 Absatz 2 GpR.
4. Gegen diese Verfügung kann gestützt auf die §§ 88 Absatz 1 Buchstabe c und 90 Absatz 1 GpR innert 3 Tagen seit der Mitteilung schriftlich und begründet beim Kantonsgericht Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerdebefugnis steht nur der Mehrheit des Initiativkomitees zu.
5. Mitteilung an: Hanspeter Frey, Bruggartenweg 10, 4123 Allschwil und Patrick Fiechter, Gartenstrasse 21, 4123 Allschwil

Landeskanzlei Basel-Landschaft

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

### Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf §28 Absätze 1 und 2 der Kantonsverfassung, das formulierte Begehren:

Das Strassengesetz vom 24. März 1986 wird wie folgt ergänzt:

#### § 43c Umfahrungsstrasse Allschwil

- 1 Zur Entlastung von über grossem Strassenverkehr plant, projektiert und baut der Kanton die Umfahrung der Gemeinde Allschwil mit besonderer Dringlichkeit.
- 2 Planung und Projektierung sind unter Berücksichtigung der raumplanerischen Anforderungen der Agglomeration Basel so zu treffen, dass die errichtete Strasse als Teil des kantonalen oder nationalen Strassennetzes (Hochleistungsstrasse, Hauptverkehrsstrasse) betrieben werden kann. Der Anschluss an die Nationalstrasse A3 (Nordtangente Basel) ist sicherzustellen.
- 3 Bei der Anwendung von Gesetzen, die zusätzlich zum Strassengesetz zu beachten sind, ist die Vorgabe der Realisierung der Umfahrungsstrasse von Allschwil zu beachten.
- 4 Der Kanton stellt die Finanzierung der Gesamtkosten durch Investitionskredite sicher. Er kann sich um Bundesbeiträge oder die Kostenübernahme durch den Bund bemühen.
- 5 Planung, Projektierung, Landerwerb und Bauarbeiten sind unverzüglich an die Hand zu nehmen. Sie sind beförderlich voranzutreiben.
- 6 Der Regierungsrat erstattet dem Landrat über die eingeleiteten Schritte und über den Sachstand mindestens halbjährlich Bericht.